Ressort: Finanzen

Kohlekommission will erste Stilllegungen im Westen

Berlin, 23.11.2018, 12:00 Uhr

GDN - Die Regierungskommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" will mit dem Ausstieg aus der Kohleverstromung im Westen des Landes beginnen. Wie der "Spiegel" in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, sollen Kraftwerke mit einer Leistung von insgesamt fünf Gigawatt stillgelegt werden, darunter sechs Braunkohleblöcke, die im Rheinischen Revier stehen.

Der Hambacher Forst, um den Umweltaktivisten und der Energiekonzern RWE in diesem Sommer erbittert gekämpft hatten, bleibt demnach erhalten. Im Entwurfstext des Abschlussberichts, über den der "Spiegel" berichtet, heißt es, die Bundesregierung solle "eine Einigung über mögliche Entschädigungsleistungen für die Betreiber" aushandeln. Das Gros der Kraftwerke soll zwischen 2022 und 2030 geschlossen werden, insgesamt würden damit Stromkapazitäten von 37 Gigawatt vom Netz genommen. Dafür sieht die Kommission ein Ausschreibungsmodell vor, das den Betreibern umso höhere Ausgleichszahlungen verspricht, je früher sie ihre Kraftwerke abstellen. Die Kommissionsexperten nennen das "degressive Entschädigungslösung". Dabei dürfte es sich nach deren Einschätzung vor allem um Steinkohlekraftwerke im Westen handeln. Der Osten dürfte erst in der darauffolgenden Phase an der Reihe sein, die nach 2030 beginnt. Rund 16 Gigawatt an Kraftwerkskapazität müssen dann noch stillgelegt werden. Das wären jene Kraftwerke und Tagebaue in der Lausitz und im mitteldeutschen Revier. In der Kommission steht nach Informationen des "Spiegel" inzwischen eine Mehrheit hinter dem Vorschlag, ab 2035 den Schlussstrich zu ziehen. Gegebenenfalls könnten die letzten Meiler dann in eine sogenannte Sicherheitsreserve überführt werden, die bis 2038 oder 2039 fortbesteht. Auf Druck dreier Ost-Ministerpräsidenten ist die Entscheidung der Kommission auf Januar verschoben worden. Reiner Haseloff, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, sagte dem "Spiegel": "Noch einen zweiten radikalen Strukturwandel mit hoher Arbeitslosigkeit wie nach der Wende kann man den Menschen nicht zumuten."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-115775/kohlekommission-will-erste-stilllegungen-im-westen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619